



ZWISCHEN SOLIDARITÄT & GEWALT

Digitale politische
Bildung zu israelbezogenem
Antisemitismus



Zwischen Solidarität & Gewalt

Digitale politische Bildung
zu israelbezogenem
Antisemitismus

Handreichung

Impressum

„Zwischen Solidarität und Gewalt – digitale politische Bildung zu israelbezogenem Antisemitismus“ ist ein Projekt von *democ*. Für inhaltliche Aussagen tragen allein die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert wird das Projekt von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (Land Berlin) im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.



Herausgeber democ e.V. • Postfach 440648 • 12006 Berlin • Mail: kontakt@democ.de • Telefon: 030/57 71 22 21
Redaktion democ e.V. • **Erscheinungsjahr** 2024 • **Verantwortlicher im Sinne des Presserechts** Linus Kebba Pook

- 7 Einleitung**
- 9 Projektbeschreibung**
- 10 Was ist israelbezogener Antisemitismus?**
- 11 Diskurse und Narrative des israelbezogenen Antisemitismus**
 - 11 Narrativ 1: Legitimierung von Gewalt als Widerstand
 - 12 Narrativ 2: Bekenntniszwang
 - 13 Narrativ 3: Shoah-Bezüge
 - 14 Narrativ 4: Antizionismus als entscheidender Kampf
 - 15 Narrativ 5: Genozid und Apartheid
 - 17 Narrativ 6: Antipalästinensischer Rassismus
- 19 Digitale politische Bildung**
 - 19 Erfahrung 1: Spannung Beutelsbacher Konsens
 - 21 Erfahrung 2: Polarisierung
 - 22 Erfahrung 3: Aufwand im Bereich des Community Managements und Anfeindungen gegen Mitarbeiter*innen
 - 23 Erfahrung 4: Zugänge zur Zielgruppe
 - 24 Erfahrung 5: Aktualität und hohe Standards im laufenden Konflikt schwer zu vereinbaren
- 26 Ausblick**

~~Israel~~
exist. it's
Pale



Einleitung

Der 7. Oktober 2023 stellte nicht nur für Israel und seine Bürger*innen eine Zäsur dar – infolge des antisemitischen Massakers kam es überall auf der Welt zu einer neuen Welle des Hasses gegen Jüdinnen und Juden. Angeheizt von tatsächlichen oder vermeintlichen Geschehnissen im israelisch-palästinensischen Konflikt formierte sich eine neue antiisraelische Protestbewegung auf den Straßen und im digitalen Raum.

Gerade in Deutschland blickt diese Bewegung auf eine lange Geschichte zurück: Seit den späten 1960er-Jahren entwickelten sich in der politischen Linken zahlreiche Gruppierungen, die ihren antiimperialistischen Kampf besonders gegen Israel richteten. Im Zusammenspiel mit alten Spielarten des Judenhasses entwickelte sich eine neue Erscheinungsform des Antisemitismus, in der antisemitische Vorstellungen auf den Staat Israel und israelische Staatsbürger übertragen werden. Während sich dieser Antisemitismus in den 1970er- und 1980er-Jahren unter anderem in Anschlägen auf jüdische und israelische Einrichtungen manifestierte, spielt er heute bei der Legitimierung von Gewalt im Nahen Osten eine Rolle: Verbreitete Vorstellungen wie die, dass etwa der Terror des 7. Oktober Ausdruck eines antikolonialen Kampfes oder legitimer Widerstand sei, können nur vor dem Hintergrund dieser Variante des Antisemitismus verstanden werden.

Seit Jahren setzt sich *democ* explizit mit antiisraelischen politischen Bewegungen in Deutschland, insbesondere in Berlin, auseinander. Ein Schwerpunkt lag dabei auf linken Milieus,



die mit Akteuren wie der Volksfront zur Befreiung Palästinas sympathisieren oder gar personell verbunden sind. Immer wieder wurde dabei offenkundig, wie die Verherrlichung von Gewalt und Terror – etwa in der positiven Bezugnahme auf PFLP-Terroristinnen wie Leila Khaled – auch in breitere Protestbündnisse oder -bewegungen getragen wurde und hier auf wenig Widerspruch stieß.

Als wir im Frühjahr 2023 begannen, das Projekt „Zwischen Solidarität und Gewalt – digitale politische Bildung zu israelbezogenem Antisemitismus“ zu konzipieren, waren sowohl die Eskalation der Ereignisse vom 7. Oktober, als auch die Dynamiken der sich anschließenden gesellschaftlichen und politischen Diskurse rund um den israelisch-palästinensischen Konflikt in Deutschland nicht absehbar. Im Fokus des Projekts sollte damals – so unser Vorhaben – die Frage stehen, inwiefern die Legitimierung von Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt das Sicherheitsgefühl und die gesellschaftliche Position von Jüdinnen und Juden in Deutschland beeinflusst. Wir folgten damit einem Aufruf der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Problem linker Militanz und Gewalt mit innovativen Projektideen zu begegnen.

Was macht es mit Jüdinnen und Juden, wenn in linken Kontexten offen antisemitischer Terror verherrlicht wird? – so lautete die Fragestellung im Kern. Und: Wie können wir über diese Auswirkungen ins Gespräch kommen? Adressiert und sensibilisiert werden sollten nicht die überzeugten Träger israelbezogener antisemitischer Ideologien, sondern Menschen in deren politischem Umfeld, um sich gegen entsprechende Gewaltverherrlichungen einzusetzen.

Es sollte dort ein Problembewusstsein geschaffen werden, wo vorher womöglich Ignoranz oder Desinteresse am israelisch-palästinensischen Konflikt und dessen Verhandlung in Deutschland vorherrschten. Diese Vorzeichen wurden jedoch auf den Kopf gestellt. Die Ereignisse vom 7. Oktober und ihre Nachwirkungen brachten eine gänzlich neue Dimension in die öffentliche Diskussion, die in dieser Form nicht vorhersehbar war. Die beispiellose Eskalation der Gewalt und die darauffolgende Reaktion in den sozialen Medien, auf Demonstrationen und in politischen Debatten haben eine massive Polarisierung der Diskurse ausgelöst. Das gesellschaftliche Umfeld, in dem unser Projekt umgesetzt wurde, gestaltete sich daher äußerst herausfordernd. Es zeigte sich, dass eine dialogorientierte Herangehensweise, wie sie ursprünglich geplant war, unter diesen Bedingungen besonders schwer umzusetzen ist.

Die vorliegende Handreichung fasst einerseits unsere Beobachtungen der antiisraelischen Protestbewegungen im Jahr 2024 zusammen, andererseits hält sie unsere zentralen Erfahrungen und Learnings aus einem Jahr digitaler politischer Bildung in diesen umkämpften Zeiten und Räumen fest.

Projektbeschreibung

Das Projekt „Zwischen Solidarität und Gewalt“ setzte auf Kurzvideos, um politische Bildung in die digitalen Räume zu tragen, in denen gerade junge Menschen unentwegt und ungefiltert mit politischen Inhalten konfrontiert werden. Mit TikToks, Instagram Reels und YouTube Shorts sollte eine junge Zielgruppe abgeholt und für die gewaltvollen Implikationen sensibilisiert werden, die mit manchen linken Positionierungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden sind. Wir standen dabei einer Followerschaft gegenüber, die sich in Kommentaren zu und Reaktionen auf unseren Content überwiegend als links und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierungen gerichtet positioniert (zum Ende des Projektzeitraums plattformübergreifend ca. 90.000 Follower*innen). Erreicht wurde diese mit insgesamt 38 Kurzvideos und zwei statischen Beiträgen, die sich mit der Geschichte und den aktuellen Erscheinungsformen des israelbezogenen Antisemitismus auseinandersetzten.

„Vielleicht brauchen wir ein anderes Verständnis von Antisemitismus. Es ist nicht nur das Sprechen, das antisemitisch sein kann, sondern auch das Schweigen. Das Beschweigen von Antisemitismus trägt selbst antisemitische Züge in sich.“

Marina Chernivsky (Geschäftsführerin des Beratungsangebots OFEK e.V.)

Um eine differenzierte Perspektive auf die Thematik zu ermöglichen, kamen sowohl Expert*innen als auch Betroffene zu Wort. Leitend war dabei die Frage, welche Auswirkungen israelbezogener Antisemitismus auf Jüdinnen und Juden in Deutschland hat – sei es in ihrem Alltag, ihrem Sicherheitsgefühl oder in ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Diskurses. Vermittelt werden sollten insbesondere Kenntnisse und Kompetenzen zur langen Geschichte des israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland, dessen Verquickungen mit dem bundesdeutschen Linksterrorismus, sowie zu Kernelementen des Schuldabwehrantisemitismus und dessen Zusammenhang mit israelbezogenem Antisemitismus. Begleitet wurde die Ausspielung der Videos von einem kontinuierlichen Community-Management und einer Fachtagung in Berlin im Oktober 2024, die sich vornehmlich an eine zweite Zielgruppe des Projekts richtete: Betroffene von Antisemitismus sowie zivilgesellschaftliche Akteure, die in ihrem Kampf gegen Antisemitismus gestärkt und vernetzt werden sollten.

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

Israelbezogener Antisemitismus wurde im Rahmen des Projekts als eine Form des Antisemitismus begriffen und eingegrenzt, die Feindschaft und Hass gegenüber Jüdinnen und Juden über die Bezugnahme auf den Staat Israel ausdrückt. Diese „Umwegkommunikation“ hat sich wesentlich in Deutschland entwickelt, wo offener Antisemitismus seit der Shoah und der militärischen Niederlage Deutschlands 1945 zwar in weiten Teilen der Gesellschaft tabuisiert wurde, gleichwohl aber nicht einfach verschwand. Infolge dieser Verschiebung werden antisemitische Vorstellungen statt auf Jüdinnen und Juden auf Israel – den einzigen jüdischen Staat – projiziert. Von israelbezogenem Antisemitismus sei grundsätzlich dann zu sprechen, so Thomas Haury in einer schlanken Begriffsbestimmung, „wenn der jüdische Staat negativ dargestellt, abgelehnt oder angegriffen wird und dies auf antisemitischen Einstellungen, Ressentiments, Projektionen oder Weltanschauungen beruht“¹. Entscheidendes Kriterium für israelbezogenen Antisemitismus sei nicht die Radikalität der Ablehnung oder die Richtigkeit der Argumente, sondern ob diese Antisemitismus reproduzieren.

Indessen kann die Definition das Problem nicht lösen, dass das Kriterium, die Darstellung müsse auf antisemitischen Einstellungen, Ressentiments, Projektionen oder Weltanschauungen beruhen, in Richtung der Intention des Sprechers weist, die aber in den meisten Fällen der Analyse nicht zugänglich ist. Gerade in Kontexten der politischen Bildung scheint es zudem wenig gewinnbringend, von außen über die Motivation des Urhebers einer Äußerung oder Handlung zu urteilen, statt diese selbst ins Zentrum der Debatte zu rücken. Gewinnbringender erschien uns daher die Frage, inwiefern weitverbreitete Argumentationsmuster oder Narrative in sich den von Haury formulierten Kriterien entsprachen.

¹ Haury, Thomas: Israelbezogener Antisemitismus. In: Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft. Hrsg. v. Peter Ullrich/Sina Arnold/Anna Danilina/Klaus Holz/Uffa Jensen/Ingolf Seidel/Jan Weyand. Göttingen 2024. S. 42–50, hier S. 43.



Diskurse und Narrative des israelbezogenen Antisemitismus

Bei der Recherche und in den Reaktionen auf die Inhalte des Projekts sind uns eine Reihe an Argumentationsmustern und Narrativen immer wieder aufgefallen – sei es in Kommentaren, Direktnachrichten oder in Posts anderer Social-Media-Nutzer*innen, die sich direkt auf unsere Beiträge bezogen. Ihre Darstellung soll einen kurzen Überblick über den Stand der Diskursräume geben, in denen wir uns bewegten.

Narrativ 1: Legitimierung von Gewalt als Widerstand

Die Ereignisse des 7. Oktober in Israel haben die Diskussion der Legitimität von Gewalt im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts zentral in den Fokus gerückt. Zwar gehörte die positive Bezugnahme auf Gruppen des „bewaffneten Widerstands“ seit den späten 1960er-Jahren für etwa 20 Jahre fest zum Selbstverständnis linker politischer Bewegungen, – in jüngerer Vergangenheit jedoch war sie kaum noch von Bedeutung. Gerade die offene Verherrlichung antisemitischen Terrors hatte sich zu einer Randerscheinung entwickelt.

Die Angriffe der Hamas und ihrer Verbündeten, die zahlreiche gezielte Terrorakte gegen Zivilist*innen umfassten, wurden in überraschender Offenheit von zentralen Akteuren der radikalen Linken als Ausdruck von Widerstand und einer „Revolution“ gegen Israel gerechtfertigt. Unmittelbar nach dem Massaker kam es zu entsprechenden Ausdeutungen in sozialen Medien und bei Protesten auf der Straße. Die verbreiteten Narrative fanden nicht nur in geschlossenen, ideologisch gefestigten politischen Kreisen, sondern auch in öffentlichen und sozialen Medien Resonanz. Dort wurden sie oft unkritisch auch von Akteuren aufgenommen und aktiv verbreitet, die vormals nicht mit politischen Äußerungen in Erscheinung traten.

Besonders alarmierend ist, wie Gewalt in ihrer äußersten Form – etwa sexuelle Verbrechen oder gezielte Angriffe auf Zivilist*innen – seit dem 7. Oktober geleugnet, bagatellisiert oder gar legitimiert wird. Solche Verharmlosungen verschleiern nicht nur das Leid der Opfer, sondern tragen auch zur Normalisierung antisemitischer Narrative bei, die Schuldzuweisungen an die Betroffenen richten, statt an die Täter.

Für Betroffene von Antisemitismus, insbesondere in linken Milieus, ruft diese Entwicklung oft ein Gefühl der Isolation hervor. Sie berichten von einer mangelnden Solidarität, wenn antisemitische Vorfälle relativiert oder ignoriert werden.



Das Fehlen von Solidarität und das Schweigen hinsichtlich israelischer Opfer waren nach dem 7. Oktober überdeutlich. Die Situation macht unübersehbar, wie tief antisemitische Denkmuster verankert sind und wie dringlich es ist, sich klar gegen die Legitimierung von Gewalt zu positionieren. Der Blick auf die Geschichte palästinensischen Terrors in Deutschland und auch in Israel zeigt, dass solche Narrative nicht isoliert betrachtet werden können, sondern Teil eines beharrlichen Musters sind, das immer wieder gesellschaftliche Akzeptanz findet oder sogar gefeiert und romantisiert wird.

Die Legitimierung von antiisraelisch-antisemitischer Gewalt als Widerstand hat auch in Deutschland historische Wurzeln: Bereits in den 1960er- bis 1980er-Jahren war Deutschland Schauplatz von Terrorakten palästinensischer Gruppen. Dazu gehörten Entführungen von Flugzeugen, wie die Lufthansa-Maschine „Landshut“ im Jahr 1977, und gezielte Anschläge wie das Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München oder der Anschlag auf das Berliner Restaurant „Mifgash Israel“ 1982. Die Taten wurden von linken Gruppierungen durch die vermeintliche Ausweglosigkeit „des palästinensischen Widerstands“ gegen den Staat Israel legitimiert, mit dem keine Einigung möglich sei und dem das Existenzrecht abgesprochen wurden. Terroristische Gewalt konnte so zur notgedrungenen, heroischen Tat stilisiert werden. Diese antisemitische Erzählung prägt den Diskurs bis heute und lebt seit dem 7. Oktober wieder auf.

So werden etwa die Implikationen der Slogans „From the River to the sea, Palestine will be free“ oder „Globalize the Intifada“ nicht hinterfragt. Dass sie in Konsequenz als Delegitimierung des Staates Israel oder als Aufruf zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden verstanden werden können, wird nicht beachtet, abgestritten, verharmlost oder affirmiert. Es gibt kaum ein Bewusstsein dafür, wie sehr derartige Aussagen unmittelbar das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden unterlaufen.

Narrativ 2: Bekennniszwang

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist zunehmend zu einem Thema geworden, zu dem von vielen Menschen im öffentlichen Raum eine klare Stellungnahme gefordert wird. Dieser Druck zeigt sich besonders stark in digitalen Räumen, wo soziale Medien wie TikTok oder Instagram zu Plattformen für politische Auseinandersetzungen geworden sind. Hier entstehen Dynamiken, die Menschen nahezu zwingen, sich entweder für die eine oder andere Seite zu positionieren.



Prominente, die sich nicht äußern oder die sich für die „falsche“ Seite positionieren, geraten ins Visier aktivistischer Akteure, in deren Posts sie explizit als „Zionisten“ oder Kollaborateure diffamiert werden. Regelmäßig münden sie in öffentlichen Shitstorms.

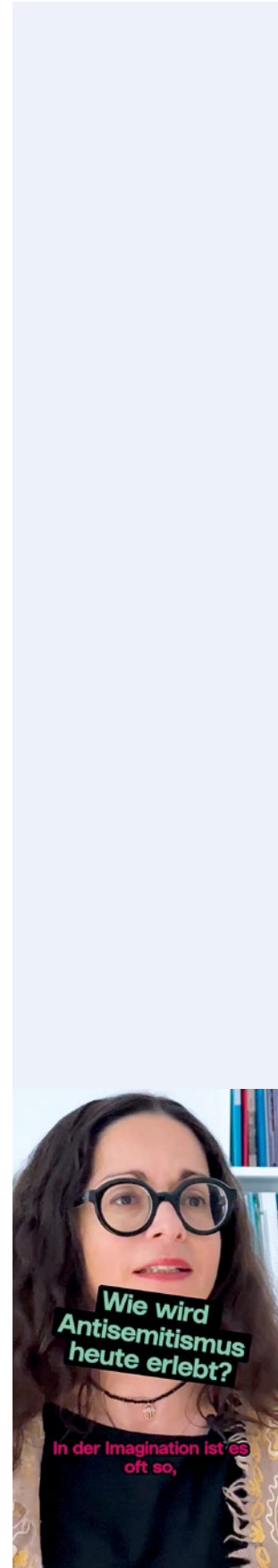
Für viele scheint der Nahostkonflikt mittlerweile ein Gradmesser für eine grundsätzliche politische Haltung zu sein. Aussagen wie „Nobody is free, until Palestine is free“ verdeutlichen, wie der Konflikt mit anderen linken Kämpfen verknüpft wird, etwa für soziale Gerechtigkeit, Antirassismus oder Dekolonisierung, und an dessen Spitze gestellt wird. Dadurch entsteht eine Erwartungshaltung, die die Solidarität mit der palästinensischen Seite nicht nur als Standpunkt im Nahostkonflikt, sondern als Grundvoraussetzung für jegliche progressive politische Einstellung versteht.

Diese Entwicklung führt zu einer problematischen Vereinfachung eines hochkomplexen Themas. Der Zwang, sich eindeutig und schnell zu positionieren, lässt wenig Raum für differenzierte Auseinandersetzungen oder für Stimmen, die sich dem Konflikt aus anderen Perspektiven nähern. Gleichzeitig verstärkt er die Polarisierung, was sowohl den Diskurs um den Konflikt an sich, besonders in sozialen Medien, als auch die antisemitismuskritische Reflexion spezifisch deutscher Diskurse zur Judenfeindschaft erschwert. Zuletzt trägt der beschriebene Bekenntniszwang zu einer Vielzahl an hochemotionalen, dramatischen Inhalten bei, deren Urheber aufgrund mangelnder Fachkenntnis kaum zu einem fakten- und wertebasierten Diskurs beitragen können.

Narrativ 3: Shoah-Bezüge

Nicht erst seit dem 7. Oktober wird die Shoah mit dem Vorgehen Israels im Gazastreifen und den palästinensischen Gebieten generell verglichen. Solche Vergleiche bedienen sich einer rhetorischen Strategie, die darauf abzielt, die Shoah zu relativieren und das heutige Israel moralisch zu delegitimieren. Diese Gleichsetzungen ignorieren den einzigartigen Charakter der Shoah als industriellen Massenmord und setzen sie mit einem Konflikt gleich, der im Kontext geopolitischer und militärischer Auseinandersetzungen steht.

An Bedeutung gewonnen hat unserer Einschätzung nach das Narrativ, dass Deutschland aufgrund seiner historischen Verantwortung für die Shoah die Gewalt im Gazastreifen nicht verurteilen könne oder dass deutsche Unterstützung für Israel aus einem Gefühl kollektiver Schuld resultiere.



Parolen wie „Free Palestine from German guilt“ stellen dabei Palästina als Opfer deutscher Vergangenheitsbewältigung dar und suggerieren, dass die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den Juden heute Leid für die Palästinenser*innen verursacht. Diese Argumentation versucht, einen Schlusstrich unter die Auseinandersetzung mit der Shoah zu ziehen und ihre moralischen Implikationen für die Gegenwart infrage zu stellen.

Engagement gegen israelbezogenen Antisemitismus wird in diesem Kontext häufig als „deutscher Irrweg“ dargestellt – eine vermeintlich fehlgeleitete Fixierung auf die Bekämpfung von Antisemitismus, die nach dieser Logik einer gerechten Haltung gegenüber Palästina im Weg stehe. Damit wird der Kampf gegen Antisemitismus abgewertet und die Verbindung zwischen antisemitischen Stereotypen und Israelkritik verschleiert.

Besonders problematisch ist die Ableitung einer „Lehre aus der Shoah“, die sich ausschließlich gegen Genozide richtet. Zwar ist der Einsatz gegen Völkermord ein wichtiger Aspekt, doch reduziert diese Perspektive die Shoah auf ein allgemeines Beispiel für Gewalt, ohne ihre antisemitischen Wurzeln und die spezifische Verfolgung der Jüdinnen und Juden anzuerkennen. So erlaubt die vereinseitigte Deutung einen direkten Vergleich oder gar eine Gleichsetzung der Shoah mit dem Vorgehen Israels und dient als Instrument zur Dämonisierung Israels.

Solche Vergleiche und Argumentationen gehen mit einer Bagatellisierung der Shoah einher. Die Gleichsetzung der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums mit dem Krieg im Gazastreifen relativiert das Ausmaß und die Einzigartigkeit der Shoah. Sie schafft ein Narrativ, in dem die Erinnerungskultur Deutschlands als hinderlich für die Solidarität mit Palästina dargestellt wird, während gleichzeitig antisemitische Muster verstärkt und historische Fakten verzerrt werden. Dies verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, solchen Narrativen kritisch entgegenzutreten.

Narrativ 4: Antizionismus als entscheidender Kampf

Für viele wird der Antizionismus als zentraler Bestandteil eines breiteren Kampfes gegen Unterdrückung und Imperialismus dargestellt. In dieser Erzählung wird Zionismus nicht nur mit Kolonialismus gleichgesetzt, sondern als Hauptursache für das „Übel der Welt“ stilisiert. Israel wird zum Symbol für alle Formen von Ungerechtigkeit, sei es imperialistische Ausbeutung, militärische Aggression oder



globale Ungleichheit. Diese Sichtweise verzerrt jedoch nicht nur die Realität, sondern ist auch eng mit antisemitischen Vorstellungen verwoben.

Die Behauptung, Israel sei das Epizentrum von globalem Unrecht, führt dazu, dass es in besonderer Weise für vermeintliche oder tatsächliche Vergehen verantwortlich gemacht wird, während vergleichbare oder größere Probleme in anderen Teilen der Welt ignoriert werden. Dieses selektive Vorgehen spiegelt ein tief verwurzeltes antisemitisches Muster wider, das Jüdinnen und Juden – und in diesem Fall den jüdischen Staat – als Ursache für komplexe globale Probleme heranzieht und ihnen eine überproportionale Macht und Verantwortung zuschreibt. Der Antizionismus wird so zum Vehikel, um alte antisemitische Narrative in neuem Gewand zu verbreiten, indem er die moralische Delegitimierung Israels mit einer universellen „Befreiungsbewegung“ verbindet. Diese Vermischung von Antizionismus und Antiimperialismus führt zu einer verzerrten Weltansicht, in der der Nahostkonflikt als zentraler Kampf um Gerechtigkeit dargestellt wird – eine Sichtweise, die differenzierte Diskussionen über den Konflikt und seine komplexen Ursachen nahezu unmöglich macht.

Durch diese Narrative wird der Antizionismus zu einer moralischen Verpflichtung erklärt, die den Blick auf andere Formen von Diskriminierung, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen überschattet. Dass der linke Antiimperialismus Israel als besonderes Ziel herausgreift, gegen das sich alle Völker und die internationale Solidarität zuvorderst erheben müssten, legt antisemitische Motive nahe.

Im deutschsprachigen Raum können die antisemitischen Implikationen dieses Weltbilds indes nicht losgelöst von der Frage nach der Schuldabwehr der Shoah betrachtet werden. Dieser Kontext schwingt auch mit bei der wiederkehrenden positiven Bezugnahme auf den Kampf des palästinensischen Volkes als Volksbefreiungskrieg, das sich gegen den tyrannischen Unterdrücker zur Wehr setze.

Narrativ 5: Genozid und Apartheid

Der Begriff „Genozid“ wird von antiisraelischen Akteuren seit vielen Jahren strategisch verwendet, um den Staat Israel nicht nur zu kritisieren, sondern fundamental zu delegitimieren. Lange vor den Ereignissen vom 7. Oktober wurde Israel regelmäßig als „genozidales Projekt“ oder „Apartheidstaat“ bezeichnet. Solche Begriffe dienen nicht nur der moralischen



Verurteilung, sondern verfolgen das Ziel, Israel als illegitimen Akteur darzustellen, dessen Existenzgrundlage selbst infrage zu stellen sei.

Der strategische Gebrauch dieser Darstellungen bekam 2024 durch die legitimen globalen juristischen und politischen Debatten Auftrieb, ob das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen Merkmale eines Genozids aufweise. Dies schließt häufige Bezüge auf die Rhetorik von israelischen Politikern oder die konkrete militärische Vorgehensweise Israels ein. Dass der Begriff „Genozid“ klare völkerrechtliche Kriterien erfüllt, die nicht durch politische Interpretation beliebig ausgeweitet werden können, spielt für die Aufnahme dieser Debatten im antiisraelischen Milieu in Deutschland keine Rolle. Dass Israel einen Genozid begehe, in manchen Formulierungen „seit 70 Jahren“, gilt als gesetzt.

Diese Narrative hatten und haben tiefgreifende Auswirkungen auf den öffentlichen und politischen Diskurs. Indem Israel als genozidaler Akteur bezeichnet wird, wird nicht nur seine Politik im Nahen Osten delegitimiert, sondern der Staat selbst als moralisch untragbar dargestellt. Diese Rhetorik findet besonders in antiimperialistischen und antizionistischen Kreisen Anschluss, in denen Israel als Symbol eines größeren globalen Unrechts interpretiert wird. Das Resultat ist eine pauschale Verurteilung des Staates Israel, die oft über die politische Kritik an konkreten Handlungen oder Zuständen hinausgeht und antisemitische Stereotype bedient, was in Konsequenz auch zur Legitimation eines terroristischen Kampfes gegen den so beschriebenen Unrechtsstaat dienen kann.

Indem Israel mit extrem negativen Attributen wie Genozid und Apartheid belegt wird, werden auch sehr radikale Mittel zur „Beseitigung“ dieser vermeintlichen Verbrechen legitimiert. Solche Narrative schaffen eine moralische Rechtfertigung für extremistische Positionen und Handlungen. Die Logik dahinter ist simpel: Wenn Israel tatsächlich einen Genozid begehe, müsse jede Form des Widerstands – egal wie radikal – als legitim betrachtet werden, um den behaupteten Genozid zu stoppen.

Diese Rhetorik hat eine Eskalation in der Debatte zur Folge, die nicht nur die israelische Politik, sondern die Existenz des Staates selbst angreift. Der Vorwurf des Genozids tritt nicht als politisches Argument auf, sondern als moralisches Urteil, das Israels Berechtigung, überhaupt zu existieren, infrage stellt.



Narrativ 6: Antipalästinensischer Rassismus

Ein weiterer Diskurs, der sich im Jahr 2024 verstärkt herausgebildet hat, ist die Skandalisierung eines sogenannten antipalästinensischen Rassismus. Damit wird die behauptete Unterdrückung propalästinensischer Stimmen im öffentlichen Diskurs angesprochen, aber auch das als unverhältnismäßig beschriebene Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen kritisiert.

In diesem Narrativ wird vor allem thematisiert, dass propalästinensische Positionen in der deutschen Öffentlichkeit angeblich nicht frei geäußert werden könnten. Beispielsweise wird die Verhängung von Versammlungsverboten oder das Eingreifen von Sicherheitsbehörden bei Demonstrationen oft als Ausdruck einer systematischen Benachteiligung palästinensischer Stimmen interpretiert. Ebenso wird die öffentliche Sanktionierung von Äußerungen, die antisemitische Narrative bedienen, als Einschränkung der Meinungsfreiheit dargestellt.

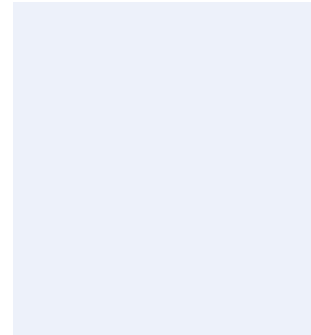
Einige Akteure verknüpfen diese Darstellung mit Erfahrungen von Rassismus in der deutschen Gesellschaft. Sie betonen, dass Menschen mit arabischem oder muslimischem Hintergrund in Deutschland ohnehin strukturell diskriminiert werden, und sehen darin den Grund für kritische Einwände gegenüber antiisraelischem Aktivismus. Damit wird der Eindruck erweckt, die Unterstützung Israels und das Vorgehen gegen propalästinensische Proteste seien Ausdruck eines umfassenderen rassistischen Systems. Es wird dazu aufgerufen, sich offen gegen die „Tabus“ der Mehrheitsgesellschaft zu stellen und laut für Palästina einzutreten.

Besonders auffällig ist, wie in diesem Zusammenhang Solidarität zwischen unterschiedlichen Gruppen hergestellt werden soll. Durch die Betonung gemeinsamer – sicherlich realer – Rassismuserfahrungen wird der Konflikt um Israel und Palästina in ein größeres Narrativ des globalen Widerstands gegen Unterdrückung eingebettet. Diese Verknüpfung schafft nicht nur eine gemeinsame Basis für Mobilisierung, sondern lenkt zugleich von möglichen antisemitischen Implikationen ab, die in den eigenen Positionen enthalten sein könnten. Kritische Stimmen, die auf solche antisemitischen Inhalte hinweisen, werden häufig als Teil eines Systems dargestellt, das propalästinensische Perspektiven gezielt unterdrücke.

Die Betonung eines behaupteten antipalästinensischen Rassismus führt zu einer weiteren Polarisierung der Debatte, da sie bestehende Rassismuserfahrungen einerseits sichtbar macht, andererseits aber auch instrumentalisiert, um Antisemitismusrwürfe zu delegitimieren. Die



Auseinandersetzung mit antisemitischen Inhalten wird dadurch erschwert, da sie in diesem Diskurs oft als Bestandteil eines repressiven Systems dargestellt wird. Gleichzeitig wird durch die Fokussierung auf angebliche oder tatsächliche Missstände im Umgang mit propalästinensischen Stimmen eine klare Trennung zwischen einer „diskriminierten Minderheit“ und einer „tabuisierenden Mehrheitsgesellschaft“ konstruiert. Dies verstärkt die Spannungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und erschwert einen differenzierten und sachlichen Dialog.



Digitale politische Bildung

Das Projekt „Zwischen Solidarität und Gewalt“ war ein gezielter Versuch, politische Bildung in den digitalen Raum zu tragen, um insbesondere Themen rund um Antisemitismus und dessen Verharmlosung in linken Kontexten anzusprechen. Ziel war es, niedrigschwellig in digitalen Räumen präsent zu sein, in denen sich antisemitische Narrative besonders verbreiten und als solche nicht erkannt werden. Dabei wollten wir Menschen befähigen, sich in einer zunehmend digitalen und polarisierten Gesellschaft kritisch, reflektiert und aktiv mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

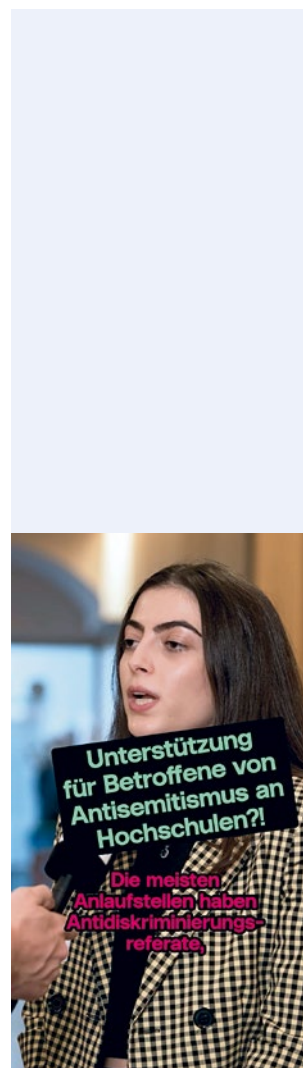
Im Laufe des Projekts stießen wir auf verschiedene Herausforderungen – von der Einhaltung pädagogischer Prinzipien wie des Beutelsbacher Konsenses über die Herausforderung des Community-Managements in einer aufgeheizten Debatte bis hin zur Anpassung an sich ständig verändernde aktuelle Ereignisse. Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass das Projekt eine breite Wirkung entfalten und wichtige Impulse für gesellschaftliche Debatten setzen konnte. Die folgenden Abschnitte reflektieren unsere zentralen Erfahrungen aus einem Jahr digitaler politischer Bildungsarbeit in einem hochsensiblen und dynamischen Themenfeld.

Erfahrung 1: Spannung Beutelsbacher Konsens

Eine zentrale Erkenntnis des Projekts war, dass sich die Anforderungen des Beutelsbacher Konsenses nur schwer mit den Plattformlogiken sozialer Medien vereinbaren lassen. Der Beutelsbacher Konsens definiert drei grundlegende Prinzipien für politische Bildung:

1. Überwältigungsverbot: Lernende dürfen nicht manipuliert oder indoktriniert werden. Ziel ist es, ihre Eigenständigkeit und kritische Urteilsfähigkeit zu fördern.
2. Kontroversitätsgebot: Gesellschaftlich kontroverse Themen müssen kontrovers dargestellt werden, um Meinungsvielfalt abzubilden.
3. Befähigung zur politischen Urteilsbildung: Lernende sollen durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, eigene Positionen zu entwickeln und sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen.

Im Kontrast dazu stehen die Plattformlogiken sozialer Medien, die Inhalte ausschließlich nach ihrer Reichweite und Interaktionsrate bewerten. Algorithmen bevorzugen oft emotionale, vereinfachte oder polarisierende Inhalte, da diese mehr Aufmerksamkeit und Engagement erzeugen. Nutzer*innen und Content-Creator*innen passen sich diesen Mechanismen an, um sichtbar zu bleiben. Besonders erfolgreich sind Formate wie Kurzvideos, die durch zugespitzte Darstellungen oder klare Meinungsäußerungen polarisieren und hohe Interaktionsraten erzielen.



Dieses Spannungsverhältnis führt zu mehreren Herausforderungen in der digitalen politischen Bildung. Zum einen kann die algorithmische Bevorzugung polarisierender Inhalte dem Überwältigungsverbot widersprechen, da solche Inhalte oft nicht neutral oder ausgewogen sind. Zum anderen verstärken Filterblasen und Echokammern die Tendenz, dass Nutzer*innen vor allem Inhalte sehen, die ihre bestehenden Meinungen bestätigen. Dies steht im Gegensatz zum Kontroversitätsgebot, das darauf abzielt, eine Vielfalt von Perspektiven abzubilden.

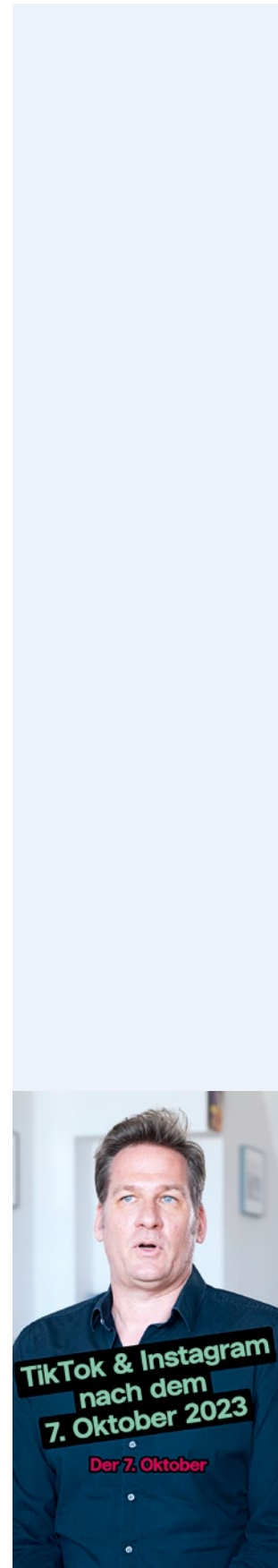
Ferner erschweren die Schnellebigkeit und Oberflächlichkeit von Plattformformaten wie TikTok oder Instagram Reels die Vermittlung komplexer politischer Themen. Die Kurzlebigkeit der Videos und der Fokus auf Unterhaltung machen es schwierig, die tiefgreifenden Analysen zu liefern, die für eine fundierte politische Urteilsbildung notwendig sind. Gleichzeitig priorisieren Plattformen wirtschaftlich lukrative Inhalte, wodurch sachliche und differenzierte Bildungsinhalte weniger sichtbar sein können. Dies kann den demokratischen Anspruch der politischen Bildung beeinträchtigen.

Eine weitere Herausforderung stellte sich in der Frage, wie das Kontroversitätsgebot in den Formaten umgesetzt werden kann. Muss in jedem einzelnen Video Kontroversität abgebildet werden, oder reicht es aus, wenn kontroverse Meinungen in unterschiedlichen Videos nebeneinanderstehen – auch wenn diese möglicherweise nicht von denselben Personen gesehen werden? Inwieweit können die Kommentare, die oft unterschiedliche Meinungen und Perspektiven enthalten, als Abbild der Kontroversität im Sinne des Beutelsbacher Konsenses gewertet werden?

Ein zusätzlicher Aspekt ist die algorithmische Verbreitung von Kurzvideos, die den Zuschauer*innen häufig ohne deren explizite Zustimmung zur politischen Auseinandersetzung ausgespielt werden. Dieses invasive Moment verstärkt die Schwierigkeit, Bildungsinhalte so zu gestalten, dass sie sowohl den Anforderungen des Beutelsbacher Konsenses gerecht werden als auch die Reichweite und Sichtbarkeit in digitalen Räumen gewährleisten.

Vorrangig orientierten wir uns im schwierigen Navigieren durch dieses Spannungsfeld am Beutelsbacher Konsens – teils zu Lasten der plattformgerechten Gestaltung der Videos. Dies limitierte die Reichweite und die Interaktionszahlen insgesamt sicher spürbar.

Das Feedback der Community – sowohl positiv als auch negativ – verdeutlichte die Kontroversität einiger Inhalte und zeigte, dass digitale politische Bildung in sozialen Medien in



einem ständigen Spannungsfeld zwischen pädagogischen Prinzipien und technischen sowie gesellschaftlichen Dynamiken steht. Es bleibt eine zentrale Herausforderung, die Plattformlogiken bewusst zu nutzen, ohne dabei die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses zu gefährden.

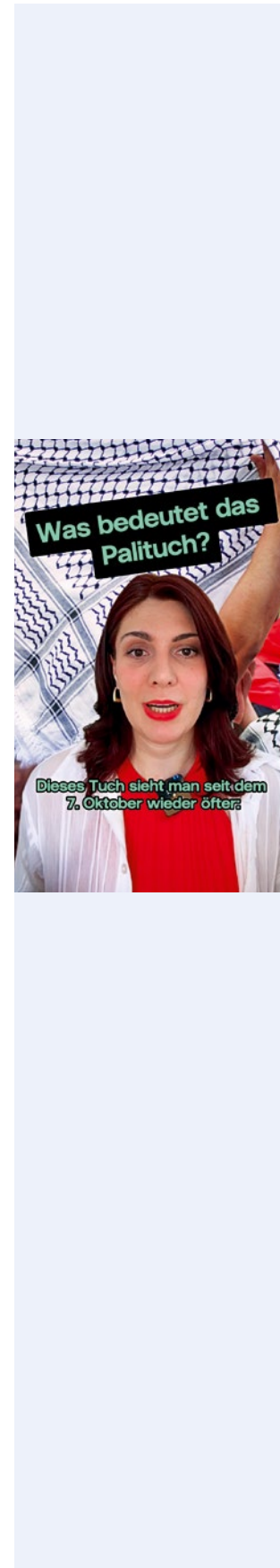
Erfahrung 2: Polarisierung

Eine Grundschwierigkeit digitaler Bildungsprojekte besteht darin, dass der Einfluss der Maßnahmen auf die Haltung der Zielgruppe kaum zu messen ist. Dies galt auch für unser Projekt, bei dem es ein zentrales Anliegen war, Menschen anzusprechen, die durch unsere Inhalte ein kritisches Bewusstsein für israelbezogenen Antisemitismus und historische Formen des Antisemitismus von Links entwickeln könnten. Rückblickend bleibt jedoch unklar, inwiefern tatsächlich ein positiver Haltungswandel bei den erreichten Personen bewirkt werden konnte. Die Reaktionen auf die Beiträge zeigten sich extrem emotional und stark polarisiert, was die Projektarbeit in vielerlei Hinsicht prägte.

Auf der einen Seite gab es große Zustimmung, insbesondere von Betroffenen von Antisemitismus, die sich durch unsere Inhalte gehört und vertreten fühlten. Diese positive Resonanz zeigte, dass das Projekt in der Lage war, ein Gefühl der Sichtbarkeit und Solidarität zu schaffen. Viele Betroffene äußerten, dass sie unsere Inhalte als wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung empfanden und sich erstmals mit ihren Erfahrungen ernst genommen fühlten.

Auf der anderen Seite stieß das Projekt auf massive Gegenwehr. Die Kritik war nicht unbedingt zahlenmäßig überwältigend, stellte sich jedoch als äußerst laut, raumeinnehmend und aggressiv dar. Diese Gegenwehr reichte von emotional aufgeladenen Kommentaren bis zu regelrechten Anfeindungen, die oft die Debatte um die Inhalte selbst überlagerten. Besonders auffällig war, dass die Kritik häufig in Form von pauschalen Angriffen erfolgte, anstatt sich mit den präsentierten Argumenten oder Fakten auseinanderzusetzen.

Die Polarisierung der Diskussion machte es nahezu unmöglich, vermittelnde Ansätze oder konstruktive Diskurse zu befördern. In der gesellschaftlich stark angespannten Debatte um israelbezogenen Antisemitismus fanden versöhnliche oder erklärende Positionen kaum Gehör. Stattdessen dominierten extreme Stimmen, die den ohnehin emotionalisierten Diskurs weiter verschärften.



Dieses hohe Maß an Aggressivität und Lautstärke machte es äußerst schwierig, einen Raum für differenzierte Diskussionen oder Dialoge zu schaffen. Die Polarisierung führte dazu, dass auf Kritik nur begrenzt eingegangen werden konnte, da viele der Angriffe wenig an einer sachlichen Auseinandersetzung interessiert schienen. Stattdessen zielten destruktive Stimmen oft darauf ab, die Inhalte und die Intentionen des Projekts grundsätzlich infrage zu stellen oder zu diskreditieren.

Die Polarisierung der Reaktionen spiegelt die tiefen Gräben wider, die im Diskurs um israelbezogenen Antisemitismus und die maßgeblichen Positionierungen dazu bestehen. Sie zeigt zugleich die Schwierigkeit, in einem solch emotionalisierten und aufgeladenen Umfeld Bildungsinhalte zu vermitteln, die auf Dialog und Reflexion abzielen. Nicht zuletzt unterstreicht sie die Wichtigkeit politischer Bildung, da die heftigen Reaktionen sowohl die Relevanz als auch die Dringlichkeit der behandelten Themen verdeutlichen.

Erfahrung 3:

Aufwand im Bereich des Community Managements und Anfeindungen gegen Mitarbeiter*innen

Das Community Management der Inhalte zu israelbezogenem Antisemitismus stellte das Team vor enorme Herausforderungen, insbesondere angesichts der starken Polarisierung der Debatte. Die Beiträge erreichten eine deutlich größere Reichweite als ursprünglich erwartet und zogen ein breites Publikum an. Dies lag auch an einem Zugewinn der Followerzahl des Trägers (auf Instagram im Projektzeitraum um etwa 50% auf 34.000). Die Reaktionen auf die Inhalte waren häufig extrem emotional und kontrovers, was wiederum zu einer deutlichen Zunahme der Interaktionen führte. Dieser unerwartete Anstieg überforderte die Kapazitäten des Teams, das kaum hinterherkam, die Vielzahl an Kommentaren, Nachrichten und Diskussionen zu moderieren.

Dies erschwerte es erheblich, gezielt auf einzelne Nutzer*innen einzugehen, um Diskussionen anzuregen oder Missverständnisse aufzuklären. Oft wurde das Ziel eines produktiven Austauschs durch die Flut an Interaktionen und die hohe Emotionalität der Beiträge behindert. Gleichzeitig machte die Dynamik deutlich, wie zentral das Community-Management in digitalen Bildungsprojekten ist – und wie anspruchsvoll es sein kann, in einem polarisierten Umfeld eine respektvolle Diskussionskultur zu fördern.



Die Situation wurde zusätzlich dadurch verschärft, dass reichweitenstarke Accounts mit Verbindungen zu antiisraelischen Bewegungen die Videos teilten. Diese Accounts verbreiteten die Inhalte ergänzt um eine eigene, häufig verächtlich machende oder verzerrte Lesart. Dadurch entstand eine Welle an Reaktionen, die nicht nur kritisch, sondern oft auch offen feindselig waren.

Außerordentlich herausfordernd war, dass solche Beiträge eine gezielte Mobilisierung gegen das Projekt und seine Akteur*innen befeuerten, wodurch sich die Dynamik weiter verschärfte. Besonders alarmierend waren die direkten Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen von *democ*, die in den Videos vor der Kamera zu sehen waren. Sie wurden nicht nur sachlich kritisiert, sondern sahen sich mit einer Flut an Unterstellungen, persönlichen Angriffen und Beleidigungen konfrontiert. Diese Anfeindungen gingen weit über legitime Kritik hinaus und waren häufig aggressiv und verletzend.

Diese Erfahrungen verdeutlichen, wie anspruchsvoll und belastend das Community-Management in einem hoch polarisierten politischen Themenfeld sein kann. Sie zeigen auch, wie wichtig es ist, neben der inhaltlichen Arbeit den Schutz der Beteiligten sicherzustellen. Eine gezielte Strategie zur Moderation und Deeskalation ist essentiell, um in einem solchen Umfeld handlungsfähig zu bleiben. Dazu gehört nicht nur die Entwicklung klarer Moderationsrichtlinien, sondern auch der Aufbau von Strukturen, die den Mitarbeiter*innen emotionalen und rechtlichen Rückhalt bieten.

Die Herausforderungen im Bereich des Community Managements unterstreichen die Notwendigkeit, die Anforderungen an Teams in solchen Projekten realistisch zu bewerten. Gleichzeitig machen sie deutlich, dass die Arbeit in einem polarisierten Umfeld nicht nur eine Frage der Inhalte, sondern auch der Resilienz und des Schutzes der Beteiligten ist.

Erfahrung 4: Zugänge zur Zielgruppe

Rückblickend hat sich die Annahme bestätigt, dass ein guter Zugang zur Zielgruppe essenziell für den Erfolg eines digitalen Bildungsprojekts ist. Die primäre Zielgruppe des Projekts waren Menschen, die sich politisch links verorten, jedoch für Argumentationsmuster und Narrative des israelbezogenen Antisemitismus offen sind. Durch die bestehenden Zugänge über die Social-Media-Accounts von *democ* konnten wir diese Zielgruppe gut erreichen.



Die große Reichweite unserer Beiträge, die durch Kommentare, Diskussionen und das Teilen durch andere Nutzer*innen erzielt wurde, trug ebenfalls dazu bei, die Zielgruppe zu erreichen. Auch wenn die Frage nach einem tatsächlich erzeugten Haltungswandel offen bleibt, ist deutlich, dass die Beiträge von der Zielgruppe wahrgenommen wurden, für die sie gedacht waren. Mehrere Kommentare und Nachrichten belegten, dass User*innen, die die Arbeit von *democ* im Bereich des Rechtsextremismus schätzen, der Thematisierung von antiisraelischem Antisemitismus ablehnend gegenüberstanden. Diese Reaktionen verdeutlichten, dass das Projekt auch Menschen erreichte, die sich mit den Inhalten kritisch auseinandersetzten, und damit eine wichtige Grundlage für weitere Reflexionen geschaffen wurde.

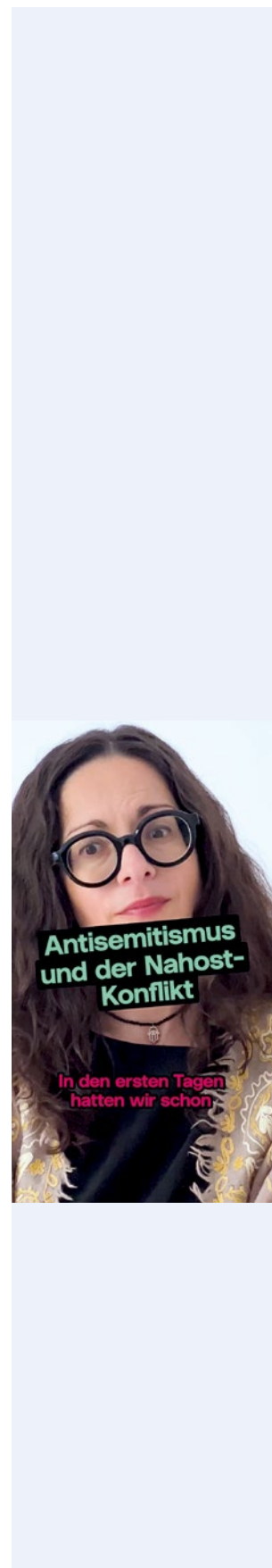
Angehörige der sekundären Zielgruppe – Betroffene von Antisemitismus – reagierten mit großem Zuspruch auf das Projekt. In zahlreichen Kommentaren und Direktnachrichten drückten sie ihre Unterstützung aus und betonten, wie wichtig es sei, dass solche Themen öffentlich angesprochen werden. Die Inhalte vermittelten Betroffenen ein Gefühl des Gehörtwerdens und halfen, das Gefühl der Isolation, das viele aufgrund ihrer Erfahrungen von Antisemitismus empfinden, aufzubrechen. Dieses Feedback zeigt, dass das Projekt nicht nur als Bildungsmaßnahme, sondern auch als Form der Unterstützung und Solidarität wahrgenommen wurde.

Die Resonanz beider Zielgruppen bestätigt die Relevanz des Projekts und zeigt, wie wichtig es ist, sowohl die Ansprache als auch die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen in digitalen Bildungsprojekten zu berücksichtigen. Während die primäre Zielgruppe herausgefordert wurde, ihre Perspektiven zu reflektieren, vermittelte das Projekt der sekundären Zielgruppe eine Anerkennung ihrer Lebensrealität und Sichtbarkeit. Dieser doppelte Ansatz war eine zentrale Stärke des Projekts und erlaubte es, sowohl Debatten anzustoßen als auch Unterstützung anzubieten.

Erfahrung 5:

Aktualität und hohe Standards im laufenden Konflikt schwer zu vereinbaren

Die inhaltliche Planung des Projekts wurde durch die Ereignisse des 7. Oktober und die darauffolgenden Entwicklungen massiv erschwert. Die Dynamik des Konflikts und die stetigen Veränderungen in der öffentlichen Debatte machten es nahezu unmöglich, Inhalte langfristig voranzuplanen oder vorproduzieren zu können. Themen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt noch relevant und angemessen erschienen, gewannen durch aktuelle Ereignisse häufig eine neue



Dringlichkeit oder liefen Gefahr, in einem anderen Schlaglicht wahrgenommen zu werden als intendiert.

Diese Unvorhersehbarkeit hatte weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Setting des Projekts. Statt einer langfristig ausgelegten inhaltlichen Strategie war eine kontinuierliche Anpassung an aktuelle Geschehnisse notwendig. Dies betraf sowohl Ereignisse im Krieg selbst als auch öffentliche Debatten und Stellungnahmen, etwa die Einschätzung von Amnesty International, die das Vorgehen Israels als Genozid bewertete. Solche Äußerungen und Entwicklungen mussten immer wieder in die Inhalte des Projekts einbezogen werden, um die Relevanz und Aktualität zu gewährleisten.

Die Notwendigkeit, sich fortlaufend an neue Gegebenheiten anzupassen, stellte das Projektteam vor große Herausforderungen. Einerseits war es wichtig, auf aktuelle Geschehnisse schnell und präzise zu reagieren, um die Zielgruppe in den digitalen Räumen zu erreichen, in denen sie sich informierte. Andererseits galt es, dabei die hohen Standards politischer Bildung zu wahren. Diese Balance zu halten, erwies sich in der Dynamik eines eskalierenden Konflikts als äußerst anspruchsvoll.

Besonders schwierig war es, Inhalte so zu gestalten, dass sie in einem sich ständig verändernden Kontext nicht missverstanden oder aus dem Zusammenhang gerissen werden konnten. Gerade bei digitaler politischer Bildung, die oft in Kurzformaten wie TikToks oder Reels stattfindet, ist dies eine besondere Herausforderung, da solche Formate eine vertiefte Kontextualisierung nur begrenzt ermöglichen.

Die Erfahrungen des Projekts zeigen, wie wichtig Flexibilität und ein hohes Maß an Sensibilität in der inhaltlichen Gestaltung sind. Gleichzeitig verdeutlichen sie, dass in einem derart dynamischen Umfeld die Planungssicherheit und langfristige inhaltliche Strategie oft zugunsten einer aktuellen und reaktiven Arbeitsweise zurücktreten müssen. Dieses Spannungsfeld bleibt eine zentrale Herausforderung, wenn hohe Bildungsstandards auch unter komplexen und schnelllebigen Bedingungen gewahrt werden sollen.



Ausblick

Das Projekt „Zwischen Solidarität und Gewalt“ hat gezeigt, wie zentral Online-Räume für die politische Bildung und den gesellschaftlichen Diskurs sind. Zwar entfalten sich antisemitische Narrative hier besonders rasant, jedoch eröffnen sie gleichzeitig die Chance, eine breite Zielgruppe zu erreichen und sie mit einer Herangehensweise vertraut zu machen, die der Komplexität der Themen angemessen ist. Die Erfahrungen aus einem Jahr intensiver Arbeit belegen, dass digitale politische Bildung ein wichtiges Instrument sein kann, um israelbezogenen Antisemitismus und dessen Auswirkungen auf Jüdinnen und Juden in Deutschland zu thematisieren.

Doch die Herausforderungen waren ebenso deutlich: Die Polarisierung der Diskurse, die Dynamiken der Plattformlogiken und die hohe Emotionalität der Reaktionen erschwerten es, vermittelnde Ansätze und konstruktive Debatten zu fördern. Die Moderation dieser Räume verlangte nicht nur inhaltliche Kompetenz, sondern auch eine hohe Belastbarkeit der Mitarbeitenden, die sich oft mit persönlichen Anfeindungen und einem überwältigenden Moderationsaufwand konfrontiert sahen. Die stetigen Anpassungen an neue Entwicklungen zeigten außerdem, wie schwierig es ist, hohe Standards in der Bildungsarbeit unter den Bedingungen eines laufenden Konflikts zu wahren.

Diese Erfahrungen verdeutlichen, dass digitale politische Bildung in einem so sensiblen Themenfeld nur mit klar definierten Strategien, realistischen Zielsetzungen und einer gezielten Absicherung der Beteiligten erfolgreich umgesetzt werden kann. Gleichzeitig unterstrichen sie, dass Projekte zur politischen Bildung nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar sind, um in polarisierten Zeiten wichtige gesellschaftliche Impulse zu setzen.

Langfristig wird es entscheidend sein, digitale Bildungsprojekte weiterzuentwickeln und Formate zu finden, die differenzierte Perspektiven und sachliche Auseinandersetzungen ermöglichen. Es gilt, Strategien zu etablieren, die Polarisierung minimieren, Dialog fördern und gleichzeitig den Schutz der Mitarbeitenden sicherstellen. Der Kampf gegen israelbezogenen Antisemitismus wird auch in Zukunft eine anspruchsvolle Aufgabe bleiben, die einen breit gefächerten Ansatz erfordert: fundierte Inhalte, zielgruppenorientierte Ansprache und eine aufmerksame Moderation.

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist die politische Bildung in Online-Räumen kein Zusatz, sondern ein unverzichtbares Werkzeug, um demokratische Werte zu verteidigen und gesellschaftliche Konflikte konstruktiv zu begleiten. Dieses Projekt „Zwischen Solidarität und Gewalt“ war ein Schritt in diese Richtung – ein Schritt, der aufzeigt, wie wichtig es ist, weiterhin mutig, flexibel und zielgerichtet in digitalen Räumen präsent zu sein.



democ.

www.democ.de